



## Brief aus Berlin

Dr. Franz Josef Jung MdB

Ihr direkt gewählter Abgeordneter für Groß-Gerau



# LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER!

Mit dem Jahr 2010 liegt ein ereignisreiches und erfolgreiches Jahr hinter uns. Es ist uns gelungen, Deutschland gestärkt aus der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit zu führen. Es ist uns gelungen durch kluge Entscheidungen die Arbeitslosigkeit unter die wichtige Grenze von drei Millionen Menschen zu drücken. Zudem ist die Zahl der Beschäftigten gegenüber den Vorjahren deutlich angestiegen.

Das Wirtschaftswachstum hat sich in 2010 nicht nur erholt, sondern verzeichnet die höchsten Zuwachszahlen seit der Deutschen Einheit. Deutschland ist im europäischen Vergleich am besten aus der Krisen gekommen – dies stimmt mich für die Zukunft sehr zuversichtlich. An dieser Stelle gilt mein Dank allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, denn sie sind es, die diesen Aufschwung durch ihr tatkräftiges Handeln erwirtschaften und sichern.

Für das kommende Jahr wünsche ich mir, dass wir den in 2010 eingeschlagenen erfolgreichen Weg weiter gehen. Unser Ziel muss sein, den Euro stabil zu halten und die öffentlichen Haushalte zu sanieren, damit wir künftigen Generationen die benötigten Handlungsspielräume eröffnen. Gelingen kann uns dies nur, wenn wir in unserem Land eine erstklassige Ausbildung, Spitzentechnologie, moderne Infrastruktur und eine gesicherte Energieversorgung ermöglichen. Dabei dürfen wir aber keinesfalls die Grundwerte, die Deutschland über Jahrzehnte auszeichnet, aus dem Auge verlieren. Deutschland steht für Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit und für den Frieden in der Welt ein. Deutschland ist ein offenes Land für all diejenigen, die diese Werte teilen wollen.

**Ich wünsche allen Bürgerinnen und Bürgern gesegnete und frohe  
Weihnachtstage sowie für das kommende Jahr alles Gute!**

### **NEUER BEAUFTRAGTER FÜR STASI-UNTERLAGENBEHÖRDE NOMINIERT!**

Mit dem Bürgerrechtler und Journalisten Roland Jahn ist es der Bundesregierung gelungen, eine überzeugende Persönlichkeit mit hohem Ansehen und breiter Akzeptanz für die Nachfolge von Marianne Birthler als Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR vorzuschlagen. Denn auch zwanzig Jahre nach der Deutschen Einheit ist es wichtig, dass diese Position von einer Person besetzt ist, die sich mutig gegen die Diktatur und gegen das Unrecht in der DDR gestellt und sich für Freiheit und Demokratie eingesetzt hat. Roland Jahn hat sich nach seiner gewaltsamen Ausbürgerung aus der DDR bis heute kompetent und engagiert der Aufarbeitung der SED-Diktatur gewidmet und ist allen Verharmlosungen dieser Diktatur überzeugend entgegengetreten.

Der Bürgerrechtler Roland Jahn, geboren 1953, gehörte in der DDR zur Opposition. Wegen seines Protestes gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns wurde er 1977 vom Studium ausgeschlossen. 1983 war er Mitbegründer der oppositionellen Friedensgemeinschaft Jena und wurde noch im gleichen Jahr gewaltsam ausgebürgert. In der Bundesrepublik produzierte Roland Jahn als Journalist zahlreiche Beiträge zu Opposition, Menschenrechtsverletzungen und Alltag im SED-Staat der 1980er Jahre. Die Friedliche Revolution begleitete er journalistisch mit Reportagen über Demonstrationen, Besetzungen der Stasi-Zentralen und den Machterhaltungskampf von SED-Funktionären, später widmete er sich dem Thema Aufarbeitung der SED-Diktatur. Seit 1996 ist Roland Jahn im Beirat der Robert-Havemann-Gesellschaft und seit 1999 im Fachbeirat der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur tätig.

## **KOALITIONS-AUSSCHUSS BESCHLIEßT MAßNAHMEN ZUR STEUERVEREINFACHUNG!**

Mit dem geplanten „Steuervereinfachungsgesetz 2011“ und den darin enthaltenen rund 40 Maßnahmen wird das Steuerdickicht gelichtet.

So wird vor allem die Steuererklärung für Arbeitnehmer und für Familien mit Kindern sichtbar erleichtert und gleichzeitig eine direkte Steuerersparnis in Höhe von 600 Mio. € bewirkt. Mit der Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrages von derzeit 920 € auf 1.000 € wird für rund 22 Mio. Arbeitnehmer das Erfordernis, Belege vorzulegen, deutlich reduziert und gleichzeitig eine Entlastung von über 300 Mio. € erreicht.

Auch die Unternehmen werden durch Maßnahmen zur Entbürokratisierung des Steuerrechts indirekt in einem Umfang von ca. 4 Mrd. € entlastet. Hinzu kommen weitere Maßnahmen zur Entbürokratisierung des Einkommensteuerrechts, beispielsweise durch die Möglichkeit, die Einkommensteuererklärung wahlweise nur alle zwei Jahre abzugeben. Damit löst die christlich-liberale Koalition ein weiteres Wahlversprechen für diese Legislaturperiode ein.

Zum Europarat am 16. und 17. Dezember 2010

## **EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT!**

**Kaum ein anderes Land hat von der Europäischen Union so profitiert wie Deutschland. Wiedervereinigung, wirtschaftliche Prosperität, Aussöhnung mit den Nachbarländern; all das wäre ohne die Europäische Union nicht möglich gewesen.**

Und in der Welt von heute würden selbst die Stimmen großer Staaten wie Deutschland und Frankreich kaum mehr wahrgenommen. Ohne die EU gäbe es in einer globalisierten Welt keine wirksame Vertretung der europäischen, aber auch deutschen Interessen. Und noch immer ist die Europäische Union unser wichtigster Absatzmarkt. All dies wird bei der gegenwärtigen Diskussion über den Euro gerne vergessen.

Gegenwärtig sorgen wir dafür, dass der Euro eine stabile und weltweit anerkannte Währung bleibt. Wir unterstützen die Bundesregierung dabei, dass es gelingt, den Euro nachhaltig zu stabilisieren. Die Eurozone ist stabiler als es scheint. Aber nur Stabilität und nachhaltiges Wirtschaften in allen Euro-Ländern schützen vor Spekulation. Wir wollen eine nachhaltige Haushalts- und Wirtschaftspolitik. Eurobonds und eine Transferunion lehnen wir ab.

Deutschland leistet solidarische Hilfe, wo es nötig ist. Solidarität ist aber keine Einbahnstraße. Wir müssen die Stabilitätskultur im Euroraum ausbauen, statt sie abzuschwächen, wie Rot-Grün es getan und dabei sehr viel Glaubwürdigkeit in Sachen Stabilität verspielt hat.

Zentraler Punkt für die Stabilitätskultur ist der neue Krisenmechanismus (Europäischer Stabilitätsmechanismus ESM), der auf dem Europäischen Rat vom 16./17. Dezember in die Wege geleitet werden wird. Für das, was die Bundesregierung hierzu in den letzten Wochen und Monaten geleistet hat, danken wir Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble.

## **DIE WOCHE IM PARLAMENT:**

Mit dem Bericht des Innenausschusses zum Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2010 wurde eine Bilanz der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung seit der Wiedervereinigung gezogen. Der Bericht hat eindrucksvoll die Erfolgsgeschichte der letzten zwanzig Jahre, seit dem Untergang der letzten Diktatur auf deutschem Boden, verdeutlicht. Trotz aller Erfolge liegen aber noch weitere Herausforderungen vor uns, die wir, da bin ich mir sicher, auch erfolgreich bewältigen werden.

In zweiter und dritter Lesung wurde das Gesetz zu dem Übereinkommen des Europarates vom 16. Mai 2005 zur Verhütung des Terrorismus beraten. Es dient der Ratifizierung dieses Übereinkommens. Das Übereinkommen stellt wirksame Maßnahmen sicher, um die Begehung terroristischer Straftaten zu verhindern. Zum Zweck der Terrorismusprävention fordert das Übereinkommen zudem eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien.

## **IMPRESSUM**

Verantwortlich i.S.d.P. für diesen Newsletter:

**Dr. Franz Josef Jung MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 / 227-75447  
Fax: 030 / 227-76447  
e-mail: [franz-josef.jung@bundestag.de](mailto:franz-josef.jung@bundestag.de)  
Internet: [www.franz-josef-jung.de](http://www.franz-josef-jung.de)

## **ZAHL DER BESCHÄFTIGTEN AUF REKORDHOCH!**

**Die Zahl der Beschäftigten erreichte im vergangenen November mit rund 41,09 Mio. Personen den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung, gleichzeitig sank die Zahl der Arbeitslosen im November deutlich unter die Marke von drei Millionen (2.931.170).**

Gegenüber dem Vorjahresmonat war dies ein Rückgang von 284.000. Getragen wird diese Entwicklung vor allem von dem Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, der sich hauptsächlich durch einen Anstieg der Vollzeitbeschäftigung auszeichnet. Gleichzeitig stieg auch die Fachkräftenachfrage weiter: Mehr als 394.000 Stellen sind derzeit zu besetzen, über zwei Drittel davon kurzfristig. Während im Vergleich zum Vorjahresmonat im Westen die Zahl der offenen Stellen um 37% zunahm, standen in Ostdeutschland 29% mehr Jobs zur Verfügung als noch im November 2009.